

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/83

Bad Godesberg, den 3. Mai 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite

Zeilen

Chance für Europa

32

Zum Beitritts-gesuch Großbritanniens zur EWG

2

In sich zerstritten

50

NPD in Kiel ohne Landesprogramm

3

Spanien

42

Ausnahmezustand oder die Ohnmacht der Opposition

Von unserem HD-B-Korrespondenten in Madrid

+ + +

SELBSTERSTINKUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Willy Brandt: "Sie können auf uns rechnen".

Nicht auf berechnete Ansprüche verzichten

Sorgen um den Prozeß der Eingliederung

Mehr Grenzübergänge gefordert

Sehr schlecht placiert

Wo bleibt das "Haus des Deutschen Ostens"?

Ehrung für Maria Meyer-Sevenich

Chance für Europa

Zum Beitrittsgesuch Großbritanniens zur EWG

sp - Noch kann heute niemand voraussagen, welche Chance die Verwirklichung der von Premierminister Wilson zum zweitenmal gestellte Antrag auf Aufnahme Großbritanniens in die EWG haben wird. Der erste Antrag ist seinerzeit am Veto des französischen Staatschefs de Gaulle gescheitert, aber - auch das soll nicht übersehen werden - die damals in Opposition befindliche Labour-Party stimmte im Unterhaus mit Mehrheit gegen die Annahme des Antrags; sie sah darin eine Preisgabe der britischen Sonderstellung als Führungsmacht im Commonwealth. Seitdem hat sich ein bedeutsamer Stimmungswandel vollzogen, viele Bekehrungen sind erfolgt. Premierminister Wilson fand für sein Beitrittsgesuch die Zustimmung der großen Mehrheit des Unterhauses. Seine vorhergehenden Sondierungen in den Hauptstädten der EWG-Länder scheinen ihn ermuntert zu haben, jetzt diesen Schritt zu tun, dem wahrhaft geschichtliche Bedeutung zukommt.

Über die Haltung der Bundesregierung kann es keinen Zweifel geben. In ihrer Regierungserklärung vom 13. Dezember 1966 heißt es, die Gemeinschaft der Sechs soll allen europäischen Staaten offenstehen, die sich zu ihren Zielen bekennen. "Besonders werden wir eine Teilnahme Großbritanniens und anderer EFTA-Länder an den Europäischen Gemeinschaften begrüßen." Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt sieht in dem möglichen britischen Beitritt eine große Chance Europas, nicht nur den größeren Markt zu schaffen, sondern auch Europa dabei zu helfen, sich besser zu behaupten neben und zwischen den beiden Weltmächten und auch durch ein engeres Zusammenrücken die Voraussetzungen für die Entspannungspolitik zu verbessern.

Das Frankreich de Gaulles dürfte - das geht aus manchen Anzeichen hervor - auf der Tagung der EWG-Außenminister Ende Mai in Rom wohl kaum eine Frontstellung gegen das Beitrittsgesuch Großbritanniens beziehen. Es sieht, wohl stärker als vielleicht anderswo, die Schwierigkeiten der damit aufgeworfenen Probleme. Aber auch die Briten rechnen ja im Falle einer Aufnahme - und sie kann von den sechs EWG-Ländern nur einstimmig erfolgen - nicht mit einem Spaziergang, sondern mit Schwierigkeiten des Übergangs. Ein bewegter Sommer und Herbst stehen bevor.

In sich zerstritten

NPD in Kiel ohne Landesprogramm

sp. - Die rechtsextreme NPD wird nach der Landtagswahl in Schleswig-Holstein vom 23. April mit vier Landtagsabgeordneten in den Kieler Landtag einziehen. Sie wird zwar Fraktionsstärke erhalten, aber ihr Einfluß wird relativ gering sein. Nach der Landtagsgeschäftsordnung erhält diese Fraktion keinen Vizepräsidenten und ist nur mit ihrem Vorsitzenden, vermutlich dem Bauern Peter Petersen, im Ältestenrat vertreten. Aufgrund der Stärkeverhältnisse wird diese Fraktion in keinem der Ausschüsse vertreten sein. Die Dreizehner-Ausschüsse teilen sich nach der Handt unter CDU und SPD auf, wobei von den sieben CDU-Vertretern immer einer an die FDP gegeben wird, weil auch diese Fraktion nur noch vier Köpfe zählt. Die SPD erhält in den Ausschüssen sechs Mandate

Bislang verfügt die NPD über kein landespolitisches Programm. Möglicherweise wird sie es sich noch erarbeiten. Die Partei ist in Schleswig-Holstein auch in sich zerrissen, wenn sie auch nach außen hinter von Thadden steht. Noch fünf Tage vor der Landtagswahl war eine Kandidatin, Amrey Stock aus Heikendorf bei Kiel, aus der Partei ausgetreten. Sie sagte, sie wolle mit den Leuten von der NPD "nichts mehr zu tun haben", und erschien nicht zu ihrer Wahlversammlung, wo sie sprechen sollte.

Noch vier Wochen vor der Wahl hatte der Kieler Rechtsanwalt Karl-Heinz Knippahls per Gerichtsbeschluß durchgesetzt, daß die NPD ihn aufnehmen muß. Die Partei hatte seine Aufnahme verweigert, weil er vor Jahr und Tag einen Aufruf der "Ostermarschierer" im Hamburger Wochenblatt "Die Zeit" unterzeichnet und mit finanziert hatte. Das Landgericht in Bremen ordnete aber an, Knippahls hat den NPD-Mitgliedsausweis zu bekommen.

Auf der anderen Seite hatte die NPD Schleswig-Holsteins noch wenige Wochen vor der Wahl den Kronshagener Großhandelskaufmann Rolf Schmidt aus der Partei ausgestoßen. Schmidt ist jetzt dabei, eine oppositionelle NPD-Partei aufzubauen, die sich an dem ausgestoßenen Bundesvorsitzenden Thielen orientiert. Schmidt steht vor allem mit einer bayerischen oppositionellen NPD-Gruppe in Verbindung, die eine Parteigründung auf Bundesebene betreibt.

Zu guter Letzt, drei Tage vor der Wahl, hatten dann noch FDP-Politiker den Fragebogen von Thadden aus dem Jahre 1947 in einige Tageszeitungen lanciert. Aus dem englischen Fragebogen geht hervor, daß von Thadden vom 1. 3. 1945 bis zum 22. 11. 1946 in Pommern in Dienst der polnischen GPU nach eigenen Angaben gestanden haben will. Er hat nachträglich erklärt, der Dienst in der GPU habe der Rettung seiner Mutter gegolten. Er verwies auf eine einstweilige Verfügung des Landgerichts Hannover von 1957, wonach es untersagt ist, diese Behauptung mit der polnischen GPU weiterhin aufzustellen. Von Thadden hat aber bislang nirgends und niemals erklärt, warum er freiwillig die GPU-Eintragung machte und was das mit der Rettung seiner Mutter zu tun hatte. Diese Argumentation ist auch vielen NPD-Leuten in Schleswig-Holstein nicht verschlossen geblieben.

So zeichnet sich auch hier das Bild, die NPD in Schleswig-Holstein ist höchst zerrissen, hat kein landespolitisches Programm, wenn man auch einräumen muß, daß sie im nördlichen Bundesland weniger von alten Nationalsozialisten durchsetzt ist als woanders.

Spanien

Ausnahmezustand oder die Ohnmacht der Opposition

Von unserem HD-1-Korrespondenten in Madrid

Eine Kostprobe der Ohnmacht jeder politischen oder gewerkschaftlichen Opposition in Spanien vermittelte die Verhängung des Ausnahmezustandes in der baskischen Biskaya-Provinz mit Hauptstadt Bilbao, das zum "Rührgebiet" gewordene Ruhrgebiet Spaniens.

Ob die regierungsamtlichen Mitteilungen über eine überraschende Stärke prochinesischer kommunistischer Gruppen innerhalb der "Arbeiterkommissionen" des unruhigen Baskenlandes zutreffen, mag dahingestellt bleiben. Bestätigt hat sich hingegen wiederum, daß jeder oppositionelle Schritt polizeilich genau überwacht wird, daß die Polizei von jeder geplanten Protestkundgebung frühzeitig unterrichtet ist und innerhalb der Oppositionsgruppen über ein lückenloses Netz von Vertrauensleuten verfügen muß, das jeden Versuch, die Grundfesten der seit 30 Jahren bestehenden staatlichen Ordnung zu erschüttern, bereits im Keime erstickt.

In Madrid und Barcelona sind im vergangenen Februar hauptsächlich im studentischen Bereich ebenfalls prochinesische Gruppen ausgehoben worden. Da die moskauhörigen Kommunisten innerhalb der "Arbeiterkommissionen" kaum eine Gefahr für den Bestand des Regimes bilden, haben sich die China-orientierten Elemente - so will es die offizielle Lesart wissen - in jüngster Zeit erheblich nach vorne spielen können.

Die nationalistischen Basken machen seit einiger Zeit wieder von sich reden. Sogar im niederen Klerus und teilweise innerhalb der Universitäten haben sie Parteigänger gewonnen.

Ob eine Einheitsfront zwischen Kommunisten aller Schattierungen, Katholiken, Studenten und unzufriedenen unpolitischen Arbeitern besteht, weiß allein die gutinformierte spanische Polizei. Die amtlichen Verlautbarungen lassen jedenfalls erkennen, daß sich die innenpolitischen Fronten versteift haben.

Auch im Hinblick auf die Erweiterung der Volksvertretung laufen die benachteiligten Bevölkerungsgruppen Sturm, soweit sie wie die Katholiken, über eine publizistische Plattform verfügen. Der Präsident der Vereinigung katholischer Familienväter, Alberto López de Arriba, zeigte sich im spanischen Fernsehen von der Einengung der Wahlmöglichkeiten enttäuscht und wandte sich gegen jeden "Gruppen-Exklusivismus". Daß er auf die Falange zielte, war unschwer zu erkennen: er verlangte "Pluralismus", das gleiche, was die 26. Soziale Woche in Malaga so sehr in den Vordergrund stellte. Diese Art von Opposition ist möglich, wenigstens wird sie nicht gebremst. Für die übrige Opposition besteht ein gutgeölter Polizeiapparat, der die intimsten Details aller Regimegegner und Mächtigern-Verschwörer lückenlos kennt.